L01

Antrag

Initiator*innen: Landesvorstand SPD Sachsen

Titel: **Leitantrag - Zukunft gestalten, Sicherheit geben, Gerechtigkeit schaffen - Konsequenzen in und aus der Covid 19-Krise**

Votum der Antragskommission

Debatte

Antragstext

SACHSEN IN DER PANDEMIE

Die Covid19-Pandemie hat fast jeden Lebensbereich die letzten Monate geprägt: den **Alltag, die Familien, die Arbeit und das Zusammenleben**. Die Menschen wurden dabei durch die Maßnahmen sehr unterschiedlich getroffen. **Die Folgen der Pandemie waren und sind nicht gerecht verteilt**.

Und dennoch ist Sachsen bislang glimpflich durch die Krise gekommen. Land und Bund haben es bislang geschafft, einen massiven Anstieg von Insolvenzen und Arbeitslosigkeit zu verhindern und Grundrechte wie das Recht auf Bildung und das Demonstrationsrecht zu wahren.

Wir danken den Kollegen und Kolleginnen, die die Gesellschaft auch in schwierigen Situationen am Laufen halten. Beispielhaft wollen wir die Pflegeheime, die Krankenhäuser, den Einzelhandel, die Kitas oder die Schulen nennen. Ohne diese Menschen, die in oftmals unterschätzten Berufen arbeiten, wären wir nicht so gut durch die Krise gekommen. Und auch ohne das soziale und gesellschaftliche Engagement der Verbände und Organisationen wäre dieser

Kraftakt nicht möglich gewesen. Wir bedanken wir uns für die intensive Zusammenarbeit zwischen Bundesregierung, Staatsregierung, Kommunen und Verwaltungen.

Wir danken den Familien, die einiges ausgehalten mussten. Es ist absolut richtig, dass in der zweiten Welle in Sachsen die Kitas und Schulen geöffnet blieben. Die Politik hat hier gelernt. Wir danken auch den konstruktiven Kritikerinnen und Kritikern der Maßnahmen: Denn die Krise war auch ein großer Lernprozess.

Nur denjenigen, die bewusst Regeln brachen und die Notsituation der Pandemie nutzen wollten, um die Gesellschaft zu spalten, denen danken wir für nichts.

Wir danken den **Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern**, die gerade weltweit gemeinsam im Austausch stehen, um Wissen über das Covid19-Virus, über die Erkrankungen und die Impfstoffe zu erarbeiten.

Die Mehrheit der Menschen in Deutschland und Sachsen unterstützt die Krisenpolitik der Bundes- und Landesregierung und hat durch solidarisches Handeln zur Eindämmung der Pandemie beigetragen. Wir müssen aber feststellen, dass unterschiedliche Meinungen zur Pandemie und eine unterschiedliche „Betroffenheit“ zu vielen Konflikten in Freundes- und Bekanntenkreisen geführt haben. Einige Gräben in der Gesellschaft haben sich vertieft. In manchen Momenten wurden auch die Feinde der Demokratie gestärkt.

Bei allen Erfolgen der Krisenpolitik müssen wir auch feststellen: Die Maßnahmen zur Eindämmung des Covid19-Virus hatten und haben **erhebliche, teils bittere wirtschaftliche, soziale und gesellschaftliche Schäden verursacht**. Sie haben viele Sächsinnen und Sachsen hart getroffen. Bei einem Kurzarbeitergeld von 60 bzw 67 Prozent bleibt bei kleinen Einkommen nur wenig übrig. Die Öffnung der Grundsicherung hat viele Selbstständige vor einem Sturz nach ganz unten bewahrt, viele verloren aber dennoch viele Einnahmen oder gar ihr Geschäftsmodell. Zukunftspläne wurden zunichte gemacht, etwa in der Kulturbranche, der Gastronomie und der Veranstaltungsbranche.

Die besonders betroffenen Branchen und die dort arbeitenden Menschen müssen wir in Zukunft verstärkt im Blick behalten.

ENTSCHLOSSEN HANDELN, MIT DER ZUKUNFT UND DEN MENSCHEN IM BLICK

Neben der Bewältigung der Pandemie braucht Sachsen eine Debatte über die Zukunft unseres Landes. Wir haben als SPD konkrete Ideen und Maßnahmen entwickelt, die nicht nur kurzfristig in der Pandemie wirken. Wir brauchen mehr Mut!

Wir sind in Sachsen bislang wirtschaftlich, sozial und gesellschaftlich relativ gut durch die Krise gekommen, weil die Politik entschieden gehandelt hat. Wir tun alles dafür, dass dies auch so bleibt und Lücken im Unterstützungssystem geschlossen werden.

Wir werden jene Bereiche besonders in den Blick nehmen, bei denen Fehlstellen und Probleme während der Pandemie deutlich wurden. Die Pandemie wirkte wie ein Brennglas auf Ungerechtigkeiten, politische Fehlentwicklungen und mangelnden Reformgeist. Das gilt etwa für das Sozialversicherungssystem, bei der Förderung von Familien, für einige Bedingungen an den Schulen und im Gesundheitssystem. Hier gilt es, die richtigen Konsequenzen für die Zukunft zu ziehen.

Wir wollen trotz oder gerade aufgrund der Krise in die Zukunft investieren. Neben dem „Normalgeschäft“ gilt es, die großen Herausforderungen zu meistern: Digitalisierung, Verkehrswende und Klimaschutz. Deshalb kämpfen wir trotz Corona dafür, dass Sachsen seine wichtigen Zukunftsinvestitionen heute auf den Weg bringt. Wir halten den Dreiklang aus Beschäftigungssicherung, handlungsfähigem Sozialstaat und Zukunftsinvestitionen für die entscheidenden Voraussetzungen, um Sachsen erfolgreich durch die aktuelle Pandemie zu führen. Der Staat muss aktiv handeln!

Wohin es führt, wenn der Staat in einer Krise kürzt und Investitionen aufschiebt, haben wir vor einem Jahrzehnt unter der CDU-FDP-Regierung gesehen. Die Finanzkrise mussten Kinder, Jugendliche, Familien und die gesamte Soziallandschaft bezahlen. Es wurde zu wenig in ÖPNV, in Digitalisierung und in Klimaschutz investiert. Die gesellschaftlichen Folgen verarbeitet Sachsen noch heute. Wir kämpfen dafür, dass sich 2010 nicht wiederholt.

Wir haben die damalige Tillich-CDU unter dem Schlagwort „Der Staat muss funktionieren“ getrieben. Wir haben mit der SPD die Kürzungspolitik der CDU-FDP-Vorgängerregierung beendet und seitdem Strukturen wiederaufgebaut und neues Vertrauen geschaffen. Mehr Personal in Schulen, Kitas und der Polizei, mehr Geld für Kultur, Kinder- und Jugendarbeit, für Demokratieprojekte und Studierendenwerke sowie für den sozialen Ausgleich sind nur einige Beispiele. Mehr Geld für Digitalisierung, Infrastruktur und Arbeit. Das waren und sind hart erkämpfte Erfolge.

Heute funktioniert der Staat wieder in vielen Bereichen. Auch deshalb sind wir

gut durch die Krise gekommen. Seit der SPD-Regierungsbeteiligung im Freistaat Sachsen ist der soziale und handlungsfähige Staat Schritt für Schritt zurückgekehrt. Wir haben auch diesmal in der Krise nicht auf Sozialabbau gesetzt, sondern die sozialen Strukturen in Sachsen erhalten.

Wir brauchen eine mutige Politik in Sachsen. Wir brauchen neue Weichenstellungen auf der Bundesebene. Die Haushaltsverhandlungen in Sachsen entscheiden wie die Bundestagswahlen 2021 über die Zukunft Sachsens mit.

1. WIR WOLLEN BESCHÄFTIGUNG SICHERN UND NEUE ARBEITSPLÄTZE SCHAFFEN.

Unsere Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik wurde durch Corona vor eine große Herausforderung gestellt. Die Bilanz vor Ausbruch der Corona-Krise konnte sich sehen lassen. Die positive Entwicklung der Einkommen und eine stabile Beschäftigung haben eine robuste Binnenkonjunktur in Sachsen gestützt.

Mit dem Virus und den harten Maßnahmen am Beginn der ersten Welle haben wir aber faktisch überall einen gleichzeitigen Einbruch auf der Nachfrage- und der Angebotsseite erleben müssen: Einkommen blieben aus, Veranstaltungen fielen aus, die Produktion ruhte, Dienstleistungen wurden abgesagt und Lieferketten rissen. Durch die Hilfsprogramme des Bundes und des Landes sowie das Kurzarbeitergeld wurden eine Insolvenzwelle und ein massiver Anstieg der Arbeitslosigkeit in Sachsen aber verhindert.

So haben wir aus dem SPD-geführten Wirtschafts- und Arbeitsministerium heraus am Beginn der Pandemie sofort gehandelt. Mit dem Programm „Sachsen hilft sofort“ unterstützt das Land Unternehmen dabei, mit zinslosen und langfristigen Nachrangdarlehen ihre Liquidität zu sichern. Dieses erfolgreiche Programm haben wir im Laufe des Frühjahrs 2020 noch erweitert, damit es auch mittleren Unternehmen offensteht. Damit haben wir in Sachsen Maßnahmen der Bundesregierung wie die Ausweitung der Kurzarbeit, den Soforthilfe-Zuschuss für kleine Unternehmen oder die KfW-Schnellkredite für mittlere Unternehmen sinnvoll ergänzt.

All diese Maßnahmen wirkten kurzfristig gegen die coronabedingte Konjunkturdelle. Aber unser Anspruch ist größer als den Vorkrisenzustand wiederherzustellen. Deshalb haben wir nach dem Ende der „ersten Welle“ ein Maßnahmenpaket für die Modernisierung der sächsischen Wirtschaftsstruktur vorgelegt, um die Nachfrage zu beleben, Beschäftigung zu sichern und auszubauen und die Unternehmen bei zukunftsträchtigen Investitionen zu unterstützen.

Dazu haben wir einen Stabilisierungsfonds aufgelegt, damit Unternehmen mit staatlichen Beteiligungen neu investieren und ihr Geschäft langfristig stabilisieren können. Wir haben die landeseigenen Rettungsprogramme „Rettung und Umstrukturierung von kleinen und mittleren Unternehmen in Schwierigkeiten“ und „Krisenbewältigung und Neustart“ aufgestockt und einen Corona Start-up Hilfsfonds für junge Unternehmen gestartet. So kommen viele Unternehmen und ihre Beschäftigten besser durch die Krise und können ihr Know-How beim nächsten Modernisierungsschritt einbringen.

Denn in Sachsen gibt es viele auch viele Betriebe, die Produkte herstellen, deren Nachfrage sinkt oder deren Herstellung in anderen Weltregionen in die globalen Wertschöpfungsketten integriert wird. Unsere beschäftigungsstarken Branchen wie der Automobilbau, der Maschinen- und Anlagenbau oder die Kreativwirtschaft stehen vor Transformationsprozessen, die viele der zentralen Produktions- und Vertriebsbedingungen ihrer Produkte und Dienstleistungen zur gleichen Zeit umwälzen.

Deshalb haben wir in der Krise nicht nur konkrete Schritte unternommen, um die Arbeitsplätze der sächsischen Beschäftigten zu erhalten, sondern wir wollen gleichzeitig neue Jobs für die Zukunft schaffen. Wir können den Beschäftigten zwar nicht versprechen, dass sie in den nächsten 30 Jahren einen Dieselmotor zusammenschrauben oder Versicherungen verkaufen. Wir geben aber das Versprechen, dass wir alles dafür tun werden, dass sie eine gleichwertige, gute Beschäftigung haben werden. Die Maßnahmen zur Unterstützung und Abfederung des Strukturwandels in den Braunkohleregionen zeigen, welche Möglichkeiten genutzt werden können, wenn der Wille dazu vorhanden ist.

Dazu braucht es jetzt Investitionen in Sachsen! Der Bund macht es vor: Deutschland investiert in den nächsten Jahren ca. 50 Milliarden Euro pro Jahr in Zukunftstechnologien, in die Verkehrswende und in den Klimaschutz. So bleibt unser Land im Weltmaßstab konkurrenzfähig und sichert die Einnahmen der Zukunft.

Sachsen muss diesen Schwung nutzen. Wir brauchen auch im Freistaat einen Investitionsschub. Wir wollen die großzügigen Fördermittel des Bundes nutzen – und brauchen dafür Kofinanzierungsmittel. Ein Beispiel: Wenn der Bund ein „Graue Flecken“-Programm auflegt, um das gesamte Land mit Glasfaser zu erschließen, muss Sachsen eigenes Geld beisteuern. Es wäre töricht, diese Chance verstreichen und die Fördermittel liegen zu lassen. Denn so müsste Sachsen entweder in einigen Jahren vollständig aus eigener Kraft erschließen – für die vielfachen Kosten – oder aber weite Landesteile blieben von der Digitalisierung abgehängt. Beides ist nicht nachhaltig – und beides kann sich Sachsen nicht leisten.

Gerade in Krisenzeiten, in denen private Investitionen zurückgehen, haben

öffentliche Investitionen einen dringend erforderlichen positiven Effekt auf die Wirtschaft, die Arbeitsmarktsituation und die Sicherheit der Beschäftigten. Angesichts der konjunkturellen Lage und des Zinsniveaus ausgerechnet jetzt die öffentlichen Ausgaben zu reduzieren hieße, wider besseres Wissen Sachsens Ausgangsposition für das nächste Jahrzehnt deutlich zu verschlechtern.

Wir haben jetzt und heute die Chance, dass die ostdeutsche und die sächsische Industrie zu Vorreitern auf einzelnen Wirtschaftsfeldern werden können. Wir haben das erste Mal seit 1990 eine Chance auf einen Vorsprung Ost! Voraussetzung dazu ist eine industrie-, energie- und forschungspolitische Innovationsstrategie.

Wenn wir jetzt bei Zukunftstechnologien wie der Wasserstoff-Technologie und dem Ausbau der erneuerbaren Energien sparen, dann droht der Zug für Sachsen abzufahren. Die anderen Wirtschaftsregionen dieser Welt warten nicht. Es ist deshalb jetzt umso wichtiger, dass im Landeshaushalt Mittel für die erfolgreichen High-Tech-Programme zur Verfügung gestellt werden, die uns ermöglichen, Sachsen bei den Innovationszyklen der Zukunft vorn zu positionieren – sei es die Technologieförderung, die Förderung von Innovationsclustern aus Unternehmen und Forschungseinrichtungen oder eine sächsische Beteiligung an grenzüberschreitenden öffentlich-privaten Großinvestitionen in die Wasserstoffwirtschaft.

In Dresden entwickelt sich gerade die Weltspitze der Roboterforschung und Mikroelektronik, in Sachsen wird der Grundstein für die Zukunft des deutschen Automobilbaus gelegt, in Leipzig, Kamenz und Döbeln werden in Zukunft modernste Batterien hergestellt. Wir sichern damit die Zukunft des Automobil-Baus in Sachsen: Neben den bekannten Akteuren bei der Entwicklung und dem Bau von Brennstoffzellen und Systemkomponenten für die Mobilität muss ein Fokus auf Tanksysteme und die Systemintegration gelegt werden. Während im Bereich der PKW-Antriebe der Einsatz von Batterien als effizienteste Variante gilt, wird bei Bus und Bahn sowie beim Schwerlastverkehr Wasserstoff eine wichtige Rolle spielen.

Die sächsischen Autozulieferer sind beim Strukturwandel in der Branche zu unterstützen, um nachhaltige Arbeitsplätze zu erhalten und zu schaffen. Lediglich an bekannten und etablierten Strukturen festzuhalten, macht dabei aber keinen Sinn, weil die weltweite Entwicklung im Bereich der Mobilität und die vorhandene Konkurrenzsituation nicht allein aus Sachsen beeinflusst werden können.

Hier gilt es, die gemeinsamen Netzwerke von Industrie und Forschung in Sachsen zu nutzen, um die vorhandene Position zu halten und ggf. auszubauen, vor allem in Bereichen mit Alleinstellungsmerkmalen.

Bei der Wasserstoffmobilität brauchen wir ein Leuchtturmprojekt. Dabei müssen wir all jene Akteure einbeziehen, die entlang der Wertschöpfungskette für grünen Wasserstoff relevant sind. Wir haben in Sachsen eine sehr gute Ausgangsposition in den Bereichen der Elektrolyseur- und Brennstoffzellentechnologien, die wir festigen und ausbauen sollten. Deshalb braucht es ein Entwicklungszentrum für die Vorlaufforschung für grünen Wasserstoff.

2. ARBEITSPLÄTZE FÜR DIE ZUKUNFT MIT GLEICHEM LOHN FÜR GLEICHE ARBEIT

Die Beschäftigten und Soloselbständigen wurden durch den Wegfall von Aufträgen oder durch Arbeitslosigkeit teilweise hart getroffen. Gerade für viele Beschäftigte mit niedrigen Einkommen reicht das Kurzarbeitergeld kaum zum Leben. Das gilt insbesondere für Beschäftigte mit Teilzeitverträgen.

Zudem erinnern die wirtschaftlichen Auswirkungen der Corona-Krise viele Beschäftigte an die hohe Arbeitslosigkeit in der Vergangenheit. Verstärkt wird dieses Gefühl, weil vielen Branchen ein radikaler Wandel bevorsteht. Fast alle Kolleginnen und Kollegen wissen, dass sich die Arbeit durch Digitalisierung, Künstliche Intelligenz und Strukturwandel massiv verändern wird.

Es wird vielfach unterschätzt, was Massenarbeitslosigkeit und die damit einhergehende einseitige Macht der Unternehmer in den letzten 30 Jahren mit den Arbeiterinnen und Arbeitern in Sachsen gemacht hat: Man hat ihnen damals den Zahn gezogen. Sie haben oft Ihr Selbstbewusstsein verloren, manchmal auch ihren Stolz. Sie haben auf bessere Löhne und Arbeitsbedingungen verzichtet, auf Tarifverträge und Betriebsräte – in der Hoffnung, dadurch ihre Jobs zu sichern. In vielen Branchen bezahlen sie diesen Verzicht auf Mitbestimmung aber mit geringen Löhnen, schlechteren Arbeitsbedingungen und in der Folge mit einer drohenden Altersarmut.

Umso bemerkenswerter ist es, dass wir in den letzten Monaten im Schatten der Pandemie viele Beschäftigten für höhere Löhne und mehr Rechte kämpfen sehen. Die Streiks für bessere Löhne in der sächsischen Lebensmittelindustrie sind dafür nur ein Beispiel.

Wir werden diese Bewegung politisch weiter unterstützen. Dies geht über konkrete Solidaritätsaktionen, aber auch über einen regelrechten Kulturkampf: Es ist ein Kampf gegen das 1990er-Jahre Denken. Man muss heute weniger Angst um den Arbeitsplatz haben, wenn man Forderungen an die Firmen und Chefs stellt. Arbeitsplatzverlust ist in Zeiten des Fachkräftemangels oft eine leere Drohung. Es ist zudem ein Kampf gegen das Motto: „Sozial ist, was Arbeit schafft“. Dieses

Motto führte dazu, dass die Ostdeutschen beim Einkommen oft als Kolleginnen und Kollegen zweiter Klasse da stehen.

Sachsen soll ein starker Wirtschaftsstandort bleiben. Viel mehr als in der Vergangenheit ist es dafür notwendig, dass das Prinzip “Gute Arbeit” auch in Sachsen zur Regel wird. Und dafür ist die Stärkung der Sozialpartnerschaft die entscheidende Voraussetzung: Mit Betriebsräten und Gewerkschaften können Regelungen zwischen Beschäftigten und Unternehmen fair und zum Wohle aller ausgehandelt werden. Betriebsräte sind keine Gegner des Unternehmens, sie machen sie krisenfester und zukunftsfähiger.

Wir werden als SPD daher folgende Verbesserungen der Rahmenbedingungen für die Kolleginnen und Kollegen durchsetzen:

Wir werden ein Vergabegesetz einführen, gegen das sich CDU und Arbeitgeber seit Jahren mit Händen und Füßen gewehrt haben. Dabei wird es einen Vergabemindestlohn geben sowie die Tarifstandards gestärkt und soziale und ökologische Kriterien verankert werden. **Auch Kriterien wie beispielsweise ein geringer Anteil an Leiharbeit, Übernahmegarantien für Azubis oder die Gleichstellung der Geschlechter sollten im Vergabegesetz positiv berücksichtig werden.**

Wir werden eine Bundesratsinitiative gegen „Union-Busting“ (wörtlich übersetzt: „Gewerkschaften plattmachen“) einbringen. Dieses Handeln richtet sich oft gegen Betriebsräte, Vertrauensleute, kritische Arbeiterinnen und Arbeiter und damit gegen eine Organisierung unter Kolleginnen und Kollegen, die erst im Entstehen begriffen ist. Wir wollen deshalb Arbeitnehmerinnen schon während der Betriebsratsgründung besser schützen. Diese Unterdrückung von Mitbestimmung müssen wir härter bestrafen.

Wir werden für die Idee bei den Bundestagswahlen kämpfen, tarifgebundene Unternehmen steuerlich besserzustellen als nicht-tarifgebundene Unternehmen. Es muss darüber hinaus einfacher werden, Tarifverträge für ganze Branchen verbindlich zu machen: Das bedeutet, dass der Geltungsbereich von Verhandlungsergebnissen auch für die Unternehmen und die dort beschäftigten Kolleginnen und Kollegen gelten, die nicht tarifgebundenen sind. Dafür werden wir das Vetorecht der Arbeitgeber bei Allgemeinverbindlich-Erklärungen von Tarifverträgen abschaffen, damit sie diese nicht mehr blockieren können. In einer immer schneller und globaler agierenden Wirtschaft müssen bestehende Tarifverträge im Falle der Auslagerung von Betrieben oder Betriebsteilen weiter Bestand haben, bis ein neuer Tarifvertrag verhandelt ist.

Zudem wollen wir weitere konkrete Schritte unternehmen, dort zu handeln, wo die Corona-Krise Ungerechtigkeiten und echte Defizite deutlich gemacht hat. Viele Sächsinnen und Sachsen arbeiten im Jahresschnitt 14 Tage länger und verdienen 700 Euro weniger als die Kolleginnen in Westdeutschland. Wenn man ohnehin kein hohes Gehalt bezieht und dann in Kurzarbeit muss, bleibt vom Lohn kaum etwas übrig.

Wir wollen daher den Mindestlohn perspektivisch auf 12 Euro anheben.

Kleinere und mittlere Einkommen können vor allem bei den Sozialabgaben und z.B. den Kosten für die Kinderbetreuung wirksam entlastet werden. Pauschale Steuersenkungen, von denen vor allem sehr gut Verdienende profitieren, lehnen wir ab. Unser Ziel ist vielmehr, dass Topverdienende einen größeren Beitrag zum Gemeinwohl leisten und so Mittel für Zukunftsinvestitionen frei werden. Daher wird zum Jahreswechsel der Soli nur für kleine und mittlere Einkommen abgeschafft. Die vollständige Abschaffung des Solis auch für ganz reiche Einkommen lehnen wir hingegen ab. Von einer solchen würden auch kaum Sächsinnen und Sachsen profitieren: Nimmt man das Jahr 2018 als Anhaltspunkt, dann muss ab 2021 in 1,2 Millionen Fällen der Soli nicht mehr entrichtet werden. Nur noch 11.000 Menschen müssen dann in Sachsen den Soli vollständig zahlen.

Ganz oben auf der Agenda unserer Forderungen bleibt auch die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Der Lockdown hat die Wichtigkeit einer verlässlichen Ganztagsbetreuung gezeigt. Gleichzeitig haben viele erfahren, dass flexiblere und selbst bestimmte Formen der Arbeit möglich sind. Viele Beschäftigte, aber auch viele Unternehmen haben den Mehrwert mobilen Arbeitens, von Homeoffice und von Telefon- wie Videokonferenzen wahrgenommen. Die SPD will, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer diese neuen Formen der Arbeit besser nutzen können. Deshalb wollen wir einen Rechtsrahmen für das Homeoffice und das mobile Arbeiten schaffen. Dabei werden wir die Betriebe nicht aus ihrer unternehmerischen Verantwortung entlassen und achten besonders auf Arbeitsschutz sowie betriebliche Mitbestimmung.

Der Lockdown hat auch gezeigt, dass parallel Arbeiten und Kinder betreuen daheim Familien schnell an ihre Belastungsgrenze bringen. Wir setzen uns daher für die dauerhafte Ausweitung der Kindkrank-Tage ein. Zudem setzen wir uns für eine Verlängerung des Anspruchs über den 12. Geburtstag hinaus ein.

Zudem treten wir für die Gleichstellung der Geschlechter am Arbeitsmarkt ein. Auch hier hat uns Corona schmerzlich vor Augen geführt, wie weit entfernt wir hiervon sind. Wir werden das Sächsische Frauenförderungsgesetz überarbeiten. Die gesetzlichen Vorgaben müssen an den Wandel der Arbeitswelt sowie an veränderte Berufsbiographien und Lebensentscheidungen aller Geschlechter und Familienformen

angepasst
werden. Damit der Gleichstellungsfortschritt in Sachsen wieder an Tempo gewinnt, ist ein Sächsisches Gleichstellungsgesetz unerlässlich.

3. INVESTITIONEN LANGFRISTIG SICHERN

Die Corona-Pandemie hat Folgen für den Haushalt: Haushaltsmittel sind knapp. Es geht nicht darum, Träume zu erfüllen.

Es geht aber darum, die Maschinen heute am Laufen zu halten und für morgen Vorsorge zu treffen. Sachsen darf den Zug in die Zukunft nicht verpassen. Mit den laufenden Einnahmen und dem Corona-Bewältigungsfonds finanzieren wir die regulären Ausgaben des Haushalts auf dem Niveau der zurückliegenden Jahre und sichern so Aufgaben wie Jugendhilfe und Kulturförderung, den Gesundheitsdienst, Kitas und Schulen, Arbeitsmarktförderung und soziale Leistungen ab.

Trotz einer ersten Einigung bei den Haushaltsverhandlungen bleiben wir dabei: Die Zukunftsinvestitionen, also die Ausgaben, die klar abgrenzbar für langfristig wirksame Aufgaben getätigt werden müssen, sollte Sachsen durch ein gesetzlich zu bildendes Sondervermögen auch langfristig finanzieren. Mit Krediten oder durch eine zeitlich begrenzte, verminderte Zuführung an den Generationenfonds – der Topf, in den Sachsen schon heute Geld legt für die Beamtenpensionen von morgen. Das ist in Zeiten sprudelnder Einnahmen richtig, in der Krise ist es dagegen fahrlässig.

Wir werden hier weiter versuchen, Druck auf Grüne und CDU machen, nicht zuletzt bei den Verfassungsänderungen: Es ist sehr klar geworden, dass die aktuelle Ausgestaltung der sogenannten Schuldenbremse ihre erste Bewährungsprobe nicht bestanden hat. Der in der Verfassung verankerte Mechanismus der „Schuldenbremse“ spielte in der Krise überhaupt keine Rolle, da er – wenn überhaupt – viel zu spät gegriffen hätte. Die Handlungsfähigkeit des Freistaats konnte nur durch die Feststellung einer – laut Verfassung „außergewöhnlichen“ – Notsituation gesichert werden. Gleichzeitig ist der Zeitraum, in dem die aufgenommen Kredite laut Verfassung getilgt werden müssen, stets gleich: acht Jahre. Diese Vorgabe erweist sich in der Krise als wirklichkeitsfremd und besteht damit ihren Praxistest nicht. Die Tilgung der Kredite innerhalb von acht Jahren ist gefährlich für die Zukunftsfähigkeit und den gesellschaftlichen Zusammenhalt unseres Landes. Ihre Anwendung in der aktuellen Form würde für Sachsen bedeuten, notwendige Investitionen in die Zukunftsfähigkeit Sachsens wie bessere Bildung, die Verkehrswende, eine nachhaltige Industrie- und Mittelstandspolitik, den Klimaschutz oder die Digitalisierung in die ferne Zukunft zu verschieben und gleichzeitig bei den zentralen Stützen des gesellschaftlichen Zusammenhalts wie

dem Gesundheitssystem, Bildung, Sicherheit, bei Kinder und Jugendlichen und Kultur zu sparen.

Unser zentrales Ziel ist es daher, die Tilgungsfrist für Kredite zu verlängern. So stellen wir sicher, dass die notwendigen Zukunftsinvestitionen möglich werden und es nicht zu kurzfristigen massiven Kürzungen kommt.

Gerade weil sich aus dem Grundgesetz keine Notwendigkeit ergibt, eine Tilgungsfrist in der Verfassung zu verankern, sollte auf eine solche Frist verzichtet werden. Eine einfachgesetzliche Regelung analog der Bestimmungen des Grundgesetzes bzw. anderer Landesverfassungen reicht vollkommen aus. Dies würde dem Gesetzgeber die notwendige Flexibilität geben, bei konjunkturellen Schwankungen eine Anpassung der Tilgungsfrist vorzunehmen.

In der Krise sahen wir zudem erneut eine massive Ungleichbehandlung zwischen Kapital und Arbeit. Während viele Unternehmen, Beschäftigte und kleine Selbständigen unter der Krise Einbußen erleben mussten, beteiligte sich das Großkapital kaum an den Folgen der Krise, etwa über den Verzicht auf Mietzahlungen von in der Krise getroffenen Unternehmen. Und in Zukunft stellt sich erneut die Frage, ob die Kosten der Krise auf dem Rücken der Menschen mit niedrigen und mittleren Einkommen ausgetragen werden oder sich Kapital und Vermögen an den Kosten der Krise beteiligen.

Wir fordern eine Wiedereinsetzung der Vermögenssteuer und eine Stärkung der Erbschaftssteuer für Menschen mit sehr hohen Vermögen, Einkommen oder Erbschaften. Das werden wir gut erklären müssen: Denn viele Beschäftigte haben nicht vor Augen, dass sie aufgrund ihrer vergleichsweise kleinen Einkommen weder von Steuersenkungen profitieren noch unter Steuern auf hohe Vermögen leiden würden. Die Menschen in Sachsen haben kaum hohe Vermögen, kaum wertvollen Immobilien-Besitz und hohe Einkommen. Von Steuersenkungen oder der Ablehnung von Steuern auf Kapital profitieren vor allem sehr reiche Westdeutsche. Sächsische Beschäftigte wären hingegen besonders betroffen, wenn weniger staatliche Mittel zur Verfügung stehen.

4. IN BILDUNG INVESTIEREN: DIE SCHULE IN SACHSEN NEU DENKEN

Nach wie vor gibt es beim Zugang zu Bildung und beim Bildungserfolg soziale Schieflagen, die in der Corona-Krise noch deutlicher sichtbar geworden sind. In vielen Familien konnten die wegfallenden frühkindlichen Bildungsangebote oder ins Homeschooling verlagerte Schulstunden nicht durch die Eltern aufgefangen werden. Der Wegfall der Präsenzangebote in Kita, Schule, Ausbildungsbetrieb, Hochschule bzw. Weiterbildungseinrichtung zeigte, wie wichtig die Institutionen

für mehr Chancengleichheit in der Bildung sind. Bildung ist Vertrauensarbeit und benötigt ein soziales, kommunikatives Miteinander. Wir werden daher als SPD verhindern, dass ähnlich wie 2010 Kürzungsmaßnahmen das Bildungssystem treffen. Jetzt in Bildung zu investieren, sichert mehr Chancengleichheit.

Die Pandemie hat schmerzlich die Lücken im digitalen Bildungsangebot deutlich gemacht. Insbesondere unsere Schulen müssen besser auf die (digitale) Zukunft vorbereitet werden.

Mit dem Digitalpakt Schule gibt es gerade einen Schub für die digitale Infrastruktur in den Schulen sowie die Ausstattung von Schülerinnen und Schülern und Lehrkräften mit mobilen Endgeräten. Diese einmaligen Investitionen des Bundes müssen auf Dauer gestellt werden, um die öffentlichen und freien Schulträger bei der Aufgabe zu unterstützen, eine nachhaltige IT-Infrastruktur aufzubauen, modern zu erhalten und auszubauen. Unser Anspruch ist, allen Kindern und Lehrkräften ein mobiles Endgerät zur Verfügung stellen zu können.

Neben der technischen Grundausstattung bedarf es auch einer Modernisierung der sächsischen Lernplattform „Lernsax“. Sie muss sich zu einer Lern-Cloud wandeln oder durch eine von Bund und Ländern betriebene Schul-Cloud abgelöst werden. Für digitales Lernen und Arbeiten müssen mehr Lernsequenzen online und adaptiv verfügbar sein sowie sich leicht in Lernprozesse einbinden lassen. Es ist notwendig, Lernaufgaben flexibel abrufbar zu machen, sowohl individuelle Lernprozesse als auch Zusammenarbeit zu ermöglichen sowie jedem und jeder Lernenden differenzierte Rückmeldungen zum Lernfortschritt zu geben. Zudem muss es Tools geben, die eine direkte, zeitnahe Kommunikation und aktive Interaktion zwischen Lernenden und Lehrenden ermöglichen. Wir brauchen nicht nur in Zeiten einer Pandemie digitale Arbeitsräume und Lernmanagementsysteme, die mit unterschiedlichen Aufgabenstellungen und individuellen Lernstandserhebungen einen wesentlichen Beitrag zur Organisation und Strukturierung des Lernens leisten können. Deshalb sollte sich Lernsax zu einer Open-Source-Plattform wandeln, die einen übersichtlichen, steuerbaren, datenschutz- und urheberrechtskonformen digitalen Raum zur Verfügung stellt. Ein solches cloudbasiertes Lernmanagementsystem muss zukünftig zur Grundausstattung jeder Schule gehören.

Bei der Nutzung dieser Plattform wird die didaktische Reduktion in der Aufgabenformulierung sowie der methodisch medialen Ausgestaltung entscheidend sein – eine Herausforderung für viele Lehrkräfte, die mit dem Grad der Digitalisierung immer größer wird. Deshalb gilt es, Beratungs- und Unterstützungsnetzwerke zu schaffen sowie die Online-Fortbildung auszubauen.

Während sich die CDU zu lange auf den echten und vermeintlichen Erfolgen ihrer

Bildungspolitik ausruht, will die SPD weitere Reformen ergreifen. Die Welt, in der unsere Kinder leben, unterscheidet sich deutlich von jener, in der wir aufgewachsen sind, und wird sich in einem immer schnelleren Tempo weiter verändern. Wissen ist immer und überall verfügbar, die Menge an Informationen nimmt ständig zu. Im Arbeitsleben geht es immer weniger um das Erlernen und Ausführen wiederholbarer Tätigkeiten, stattdessen sind in Einzelprojekten selbstorganisiertes Lernen, Problemmanagement, Kreativität und Teamarbeit gefragt.

Es ist offensichtlich: Wenn sich ändert, wie wir arbeiten, muss sich auch ändern, wie wir lernen. Anwendung statt Abfrage – Erfahren statt Pauken: Lernprozesse im 21. Jahrhundert erfordern eine verstärkte Prozess- anstelle einer Produktorientierung. Hin zu eigenen Erfahrungen im Umgang mit dem Lerngegenstand, weg von der reinen Wissensvermittlung und -abfrage. Deshalb garantieren wir ein lebenslanges Recht auf Bildung und schaffen einen inklusiven Zugang zu Bildung.

Die Schule der Zukunft in Sachsen ist aus besagten Gründen eine Ganztagsschule. Sie bietet Kindern und Jugendlichen über den Tag verteilt Unterricht, fördernde Freiarbeit und Freizeit sowie Sport, Spiel, Spaß und Bewegung.

Und an ihr wird von der Praxis des Lebens gelernt: Lebenserfahrungen werden an Lebensorten gemacht. Daher sind Kooperationen zwischen Schulen und außerschulischen Lernorten wie Unternehmen, Handwerksbetrieben, Behörden, Kultureinrichtungen und Gedenkstätten fester Bestandteil des schulischen Alltags. Die Ganztagsschule lebt eine demokratische Schul- und Unterrichtskultur und arbeitet inklusiv. Von Beginn an muss Verschiedensein normal sein. Damit all dies gelingt, sind nicht nur engagierte Lehrerinnen und Lehrer, sondern weitere Professionen, die förderpädagogische, sozialpädagogische, freizeitpädagogische, psychologische oder therapeutische Kompetenzen einbringen, und weitere zum Profil der Schule passende Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in einem multiprofessionellen Team tätig. Dies wird von einer erweiterten Schulleitung koordiniert. So wird es uns gelingen, das Dasein des Lehrers oder der Lehrerin als Einzelkämpfertum zu beenden, pädagogische Teams zu entwickeln sowie die Schwarmintelligenz dieser Teams nutz- und fruchtbar zu machen.

Zur Bildungsreform gehört auch, die sächsischen Lehrpläne durch einen Rahmenlehrplan, der die allgemeinen Kompetenzen und Kulturtechniken abbildet, zu ersetzen. Er soll die Lernziele definieren. Angesprochen werden sollen die Grundsätze einer gelingenden Lernumgebung und Standards eines allgemeinen Lernkonzepts. Die jeweilige Schule erarbeitet ihre eigenen Pläne, um regional ansässige externe Lernorte zu nutzen. Die Aufgabe der Schule ist es, die Fähigkeiten zur Selbstbeurteilung zu entwickeln und somit die Lernfähigkeit zu

fördern, wobei der eigene Lernfortschritt und das eigene Lerntempo im Fokus stehen. Neben den Kernfächern entwickelt sich ein projektorientierter Unterricht an der Ganztagsschule.

Die Ganztagsschule ermöglicht gleiche Chancen in Stadt und Land. Der ÖPNV muss sich daher als echter Dienstleister für junge Menschen in Sachsen entwickeln. Nicht der örtliche Träger des Schülerverkehrs darf über die Bildungschancen entscheiden, sondern Eltern und deren Kinder. An einer Ganztagsschule als Lebens- und Erfahrungsort ist zudem eine gestärkte Elternarbeit unerlässlich. Dies umfasst auch Beratungs- und Unterstützungsangebot für Familien, Eltern bzw. Kinder.

5. WIR WOLLEN DIE SOZIALE SICHERUNG UND DEN GESELLSCHAFTLICHEN ZUSAMMENHALT STÄRKEN.

Die kurzsichtigen Kürzungen aus dem Jahr 2010 sind eine Mahnung: Die damaligen Kürzungen in Bildung, Sicherheit und im Sozialen beeinträchtigten massiv das Vertrauen in die Demokratie. Die von sozialen Strukturen abhängigen Menschen erheben weniger oft ihre Stimme. Doch ihre Stimmung prägt die gesellschaftlichen Spaltungen der letzten Jahre, auch wenn es in manchen Kreisen hieß, „für die eigenen Leute werde nichts getan“.

Es wäre es genauso fatal, wenn die sächsische Politik jetzt Strukturen kürzt und dadurch Frauen und Männer arbeitslos auf die Straße entlässt, die in den zurückliegenden Monaten der Corona-Krise für die Menschen da waren – die Sicherheit gegeben, Hilfestellung geboten und oder einfach nur zugehört haben, und die nun besonders gebraucht werden, um die Folgeschäden der Corona-Krise abzufedern. Denn die Maßnahmen gegen die Verbreitung des Virus haben bei vielen die Probleme, die sowieso schon bestanden, verschärft. Jugendliche und Kinder waren lange im Lockdown. Es gab eine Steigerung der Gewalt in Familien. Dort, wo es Drogenprobleme gab, traten sie verstärkt zu Tage. Bei Menschen auf dem Weg in den ersten Arbeitsmarkt ergaben sich erhebliche Rückschläge. Integrationsmaßnahmen wurden ausgesetzt. Die extreme Rechte hat den Unmut vieler mit den Anti-Pandemie-Maßnahmen instrumentalisiert. Weil die Kritik an den Maßnahmen lauter wird, werden Angebote der Kultur und der kulturellen Bildung umso wichtiger, um aufzuklären, zu animieren, Gemeinschaft zu stiften und das Miteinander zu stärken.

Wir haben diesmal daher nicht gekürzt und Strukturen zerschlagen. Wir haben in der Krise den Gesellschaftsberufen und damit den Familien, Kindern und Jugendlichen die Stange gehalten. Wir haben Förderprogramme weiterlaufen lassen, auch wenn die Leistung mal nicht erbracht werden konnte. Zudem haben wir eigene

Hilfsprogramme für die sozialen Organisationen und Werkstätten für Menschen mit Behinderung aufgelegt.

Wir haben schon im Sommer 2020 durchgesetzt, dass sich die Koalition verpflichtet, die finanzielle Unterstützung geförderter Vereine, Verbände und des Ehrenamts über den Jahreswechsel hinaus zu sichern und Gelder zur Fortsetzung von Förderprogrammen noch 2020 zu bewilligen. Dieser Schutzmechanismus war nötig, weil der Landeshaushalt 2021/2022 erst im Frühjahr verabschiedet wird.

Eines unserer Markenkerne ist starke Politik für junge Menschen. Wir setzen unseren Pakt für die Jugend um. Er bedeutet kurz: gemeinsam für die Jugend! Er ist ein Zeichen an diejenigen, die in der Jugendarbeit beschäftigt sind. Und er ist ein Zeichen an alle jungen Menschen. Für uns muss er gleichzeitig auch ein Pakt mit der Jugend sein. Kern ist eine verbindliche Vereinbarung zwischen Land, Trägern und möglichst auch Kommunen und Landkreisen zur weiteren Entwicklung der Kinder-und Jugendhilfe für die nächsten fünf Jahre. Der Pakt wird Sicherheit bringen für die Angebote für junge Menschen, in Stadt und Land. Und er wird Sicherheit bringen für die Arbeitsverhältnisse von Kolleginnen und Kollegen in der Jugendarbeit und in der Sozialarbeit.

Auch Integration darf nicht unter die Räder der Krise kommen: Kürzen wir hier radikal, werden wir die Folgeprobleme um so teurer. Wir legen ein Teilhabe- und Integrationsgesetz auf. Damit erstellen wir die Rechtsgrundlagen für die gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Migrationshintergrund und verbessern die Integrationsstrukturen auf Landes- und kommunaler Ebene. Wir orientieren uns dabei am Grundsatz „Fördern und Fordern“.

Zugleich zeigte die Corona-Krise die Mängel von Hartz IV und des Sozialstaats auf: Viele Aufstocker mit kleinen Einkommen und Kurzarbeitergeld fanden sich genauso wie vermehrt wieder Kinder in Hartz IV. Die Grundsicherung (Leistungen des SGB II) musste gerade für die Selbstständigen verändert, d.h. geöffnet werden, dass viele in der Krise nichts schnell nach ganz unten abstürzten.

Die Reaktion auf Corona-Krise zeigte aber auch, dass der Sozialstaat verändert werden kann. Und er durch eine Reform besser werden kann.

Die SPD tritt dafür ein, dass die sozialen Sicherungssysteme grundsätzlich in Zukunft auch Soloselbständige absichern. Gerade Selbständige ohne Beschäftigte sind Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ähnlich, denn ihre Existenzgrundlage ist nur ihre eigene Arbeitskraft. Wir brauchen eine analoge Leistung zum Kurzarbeitergeld und Arbeitslosenversicherung für Selbständige, die in solchen

existentiellen Krisen wirkt.

Wir haben die Grundrente eingeführt. Diese wird viele künftige sächsische Rentner davor bewahren, schnell nach unten abzustürzen. Allerdings hat die CDU einige Regelungen verhindert. Wir werden daher die Grundrente perspektivisch weiterentwickeln.

Zugleich werden wir den Sozialstaat reformieren und gerechter ausgestalten. Die sozialdemokratische Idee des neuen Bürgergeldes bedeutet eine Abkehr von Hartz IV. Ein hart erarbeiteter Wohlstand muss auch in Krisenzeiten über einen längeren Zeitraum sicher sein – das haben wir in der aktuellen Krise gesehen. Wir werden daher mit dem neuen Bürgergeld die Wohnung und das Ersparte länger schützen.

Wir werden die Bezugsdauer von Arbeitslosengeld I für diejenigen verlängern, die bereits viele Arbeitsjahre hinter sich haben. Zugleich muss es faire Angebote geben, sich aus eigener Kraft aus Krisen herauszuarbeiten. Dies gelingt mit einem Bonus für Weiterbildung und einem Arbeitslosengeld Q, um sich Selbst-Qualifizieren zu können.

6. FAMILIEN STÄRKEN, KINDERARMUT BEENDEN

Als SPD haben wir Sachsen kinder- und familienfreundlicher gemacht. Unterstützungs- und Teilhabeangebote wurden geschaffen, die Ganztagsbetreuung wurde ausgebaut sowie familienpolitische Leistungen erhöht. Wie wichtig diese Strukturen waren, zeigte deren Wegfall im ersten Lockdown 2020.

Corona zeigte aber auch, dass Kinderarmut weiterhin ein zentrales Problem in Sachsen ist. Die finanzielle Situation der Eltern hat Auswirkungen auf ihr ganzes Leben. Kinderarmut ist etwas, das wir nicht hinnehmen wollen und können. In der Corona-Krise wurde auf die Mehrbelastung reagiert und Familien mit dem Kinderbonus von 300 Euro je Kind und einem Entlastungsbetrag für Alleinerziehende finanziell unterstützt.

Wir werben energisch für die Einführung der Kindergrundsicherung auf Bundesebene. Auf Landesebene setzen wir uns für die Ausweitung des Landeserziehungsgelds auf alle alleinerziehenden Mütter und Väter ein, auch wenn diese ihr Kind in die Betreuung geben.

Denn es ist ungerecht, dass Beschäftigte wie die Kassiererin und der Paketbote am wenigsten finanzielle Unterstützung für ihre Kinder bekommen. Leute, die gerade so viel verdienen, dass sie über der Schwelle von Förderungen wie

Wohngeld oder Kinderzuschlag sind, die aber auch noch keine oder wenig Steuern bezahlen, erhalten lediglich Kindergeld. Kinder von Eltern mit Spitzensteuersatz bekommen hingegen über den steuerlichen Freibetrag monatlich bis zu 89 Euro mehr Geld für jedes ihre Kinder und können auch das Elite-Internat am Bodensee steuerlich absetzen.

Die CDU Sachsen will diese Ungerechtigkeit sogar noch vertiefen, indem sie in ihrem Programm noch mehr Familienleistungen an die steuerliche Absetzbarkeit binden will.

Ob die sozialdemokratische Kindergrundsicherung eingeführt wird, darüber entscheiden die Wählerinnen und Wähler bei der kommenden Bundestagswahl. Die ostdeutschen Familien würden besonders profitieren, weil sie mehrheitlich über weniger Einkommen verfügen als Familien in Westdeutschland.

Die sozialdemokratische Kindergrundsicherung hat zwei Säulen: Zum einen fordern wir, Leistungen für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene perspektivisch beitragsfrei zu machen. Darum setzen wir uns für eine gute und gebührenfreie Bildung ein – von der Kita bis zum Meister oder Master. Genauso soll der Öffentliche Personennahverkehr für Kinder und Jugendliche kostenfrei werden, für den Schulweg ebenso wie in der Freizeit. In Sachsen haben wir mit dem kostengünstigen Azubi-Ticket für Bus und Bahn vorgelegt und werden mit einem Bildungsticket nachlegen. Wir wollen, dass Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene in ganz Sachsen kostengünstig mobil sind. Wir werden uns dafür stark machen, dass das Bildungsticket in dieser Legislatur kommt. Das ist und bleibt ein Hauptziel.

Kultur-, Sport- und Freizeitangebote sollen zudem alle Kinder nutzen können – egal, wieviel die Eltern verdienen. Dafür wollen wir bundesweit für jedes Kind eine Kinderkarte einführen – mit einem monatlichen Guthaben von 30 Euro. Davon kann zum Beispiel der Sportverein oder die Musikschule bezahlt werden. Eine damit verbundene App soll einen Überblick über das Angebot im Heimatort geben.

Die zweite Säule nimmt den „Flickenteppich“ an Einzelleistungen für Kinder und Familien in den Blick. Dieser soll beseitigt und durch ein neues Kindergeld ersetzt werden. Alle Familien erhalten den gleichen Basisbetrag von monatlich 250 Euro für jedes Kind. Darin enthalten sind auch die 30 Euro auf der Kinderkarte. Familien mit wenig Geld bekommen hingegen mehr. Das neue Kindergeld ersetzt auch andere Leistungen, die bisher einzeln beantragt werden mussten. Im Ergebnis heißt das: Je nach Lebensalter des Kindes soll es bis zu 478 Euro pro Monat mehr geben, um Kinderarmut in Zukunft endgültig zu verhindern. Wer viel hat, wird weniger erhalten. Das ist gerecht.

7. KLIMASCHUTZ FÜR ALLE

Der Klimawandel macht während der Covid19-Pandemie keine Pause. Auch das Jahr 2020 zeigte, wie bedroht unsere Wälder, Wiesen, Arten und Flüsse nach wie vor sind. Allen, die mit offenen Augen durch Sachsen wandern und fahren, werden die Folgen vor Augen geführt: Waldbrände, Hitzewellen, Fluten und massenhaftes Baumsterben sind bereits heute die sicht- und erlebbaren Folgen des Klimawandels.

Zum Klimaschutz gibt es deshalb auch in Corona-Zeiten keine Alternative. Wir stehen zum Kohlekompromiss. Wir bekennen uns zum Ziel, die Begrenzung der Erderwärmung auf 1,5 Grad zu erreichen. Wir haben deshalb unsere wirtschaftlichen Konjunkturprogramme im Rahmen der Corona-Krise auf Landes- und Bundesebene auf die Ziele des europäischen „Green Deals“ und Nachhaltigkeit ausgerichtet. Wir haben vor allem auch Maßnahmen in Bezug auf die dringend nötige Technologieoffenheit beispielsweise bei der Energiewende gestärkt.

Wir werden daher massiv in den klimafreundlichen Umbau der Energieversorgung in Sachsen sowie einen ökologischen Umbau von Land-, Forst- und Ernährungswirtschaft investieren. Wir müssen Lieferketten in Sachsen nicht nur kurzfristig retten, sondern diese auf einen mittel- und langfristig robusten, klimaneutralen Entwicklungspfad bringen, um Grundstoffprozesse auf klimaneutrale Verfahren (z.B. grüner Wasserstoff) und Infrastrukturen (z.B. grüne Leitmärkte) umzustellen. Die Energiewende und Verkehrswende werden dabei nicht gelingen, wenn wir den Wasserstoff nicht aus seiner Nische herausholen. Dazu brauchen wir eine sächsische Wasserstoff-Strategie, die vor allem auf grünen Wasserstoff setzt.

Diese Strategie muss die bereits vorhandenen Stärken in Sachsen wie z.B. bei der Erzeugung und Nutzung von grünem Wasserstoff stärken und weiter ausbauen, um in diesem Bereich nachhaltige Arbeitsplätze zu sichern und neue zu schaffen. Wir haben großes Vertrauen in unsere Ingenieurinnen und Wissenschaftler, innovative Lösungen zu finden.

Grundsätzlich ist dabei jedoch immer der Ausbau der erneuerbaren Energien und Investitionen in Stromspeicher mitzudenken und zu forcieren, um die Grundvoraussetzung für die Erzeugung grünen Wasserstoffs auch in Sachsen zu schaffen. Hierzu zählen u.a. Projekte zum Bau von Photovoltaikanlagen auf öffentlichen Gebäuden und entlang von Autobahnen sowie Zugstrecken. Dabei sind auch die Potentiale der Sektorenkopplung Im Gewerbebereich, bei der Wärmeversorgung und den Industrieprozessen zu nutzen. Für die Netzstabilität und die Langzeitspeicherung wird auch die Speicherung in chemischen Energieträgern

wie Wasserstoff eine Rolle spielen.

Für die Akzeptanz der erneuerbaren Energien ist die Möglichkeit der Eigennutzung des Stroms ein wichtiger Aspekt und die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an den Erlösen ist ein wichtiger Schlüssel.

Es wäre fatal, solche Investitionen aufgrund einer kurzsichtigen und dogmatischen Finanzpolitik auszubremsen. Wir müssen jetzt in die klimafreundliche Verkehrswende, in mehr ÖPNV, in Güterverkehr auf der Schiene, in Radverkehr und in klimafreundliche Energieerzeugung investieren.

Solche Kürzungen untergraben nämlich auch die Unterstützung der Bevölkerung in den Klimaschutz. Denn die Leute lehnen es zu Recht ab, dass ihnen allein als Person die Verantwortung für den Klimaschutz zugeschoben wird. Nicht jeder und jede kann sich ein teures Elektroauto leisten, sondern benötigt einen kostengünstigen und klimafreundlichen öffentlichen Nahverkehr. Die Leute fordern daher richtigerweise, dass die Politik und der Staat jene Strukturen ausbauen und stärken, die es dem Einzelnen auch möglich machen, sein Verhalten zu verändern und etwas für den Klimaschutz zu tun.

Bei der Umsetzung aller Maßnahmen für den Klimaschutz ist immer zu berücksichtigen, dass sie immer auch einen Beitrag dazu leisten, die Lebensqualität aller Menschen zu verbessern und die Folgen der Klimakrise für alle Bevölkerungsschichten zu reduzieren. Die Kosten für Klimaschutzmaßnahmen müssen einkommensgerecht und nach dem Verursacherprinzip getragen werden. Denn die Klimakrise ist auch mit einer sozialen Krise im Land verbunden, da in der öffentlichen Kommunikation die Maßnahmen zum Klimaschutz zum Teil als sozial ungerecht dargestellt werden.

Ein wichtiger Teil der Klimaschutzpolitik ist die Verkehrswende. Wir wollen, dass Rad fahrenden und zu Fuß Gehenden sowie dem ÖPNV in Zukunft Priorität eingeräumt wird. Um dieses Ziel zu erreichen, wollen wir die Infrastruktur in den urbanen Räumen, aber auch im ländlichen Raum ausbauen und das ÖPNV Netz zuverlässiger und erreichbarer machen. Mit einer Investitions- und Angebotsoffensive wollen wir den Anteil des ÖPNV an den zurückgelegten Wegen bis 2030 verdoppeln. Auch im Bereich der Barrierefreiheit stehen weitreichende Investitionen an. Denn wir wollen, dass möglichst viele Menschen, auch solche mit Einschränkungen, nicht mehr notwendigerweise auf ein Auto angewiesen sein müssen.

8. MEHR ZUSAMMENHALT UND MACHT TEILEN

Studien zeigen, dass das Vertrauen in Demokratie, Institutionen und staatliches Handeln durch das entschlossene Handeln der Regierungen insgesamt gestiegen ist. Die Pandemie hat gleichzeitig neue und alte gesellschaftliche Gräben aufgerissen. Viele, die sowieso schon mit Misstrauen auf Institutionen und politische Entscheidungen blicken, sahen die Maßnahmen in der Corona-Krise als Bestätigung ihrer Ablehnung. Neben Solidarität gab es auch viel Egoismus. Bestehende Orte des Gemeinsinns und Engagements, wie Vereine und Bürgerinitiativen, wurden durch die Corona-Krise vielfach eingeschränkt und teilweise geschwächt.

Wir haben in der Corona-Krise erneut erlebt, wie der extremen Rechte und der AfD jedes Mittel Recht ist, um die Gesellschaft zu spalten und die Leute gegeneinander aufzuhetzen. Ganz nach dem Motto, „je schlechter es Deutschland geht, desto besser für die AfD". Weiterhin haben wir einen Ausbruch an Verschwörungsmythen erlebt, der nachdenklich stimmt. Wir müssen uns fragen, warum manche Bürgerinnen und Bürger solchen teils irren, teils perfiden Verschwörungsmythen Glauben schenken oder als Argument akzeptieren, weil sie die Maßnahmen aus welchen Gründen auch immer kritisch sahen.

Wir glauben, dass die Auseinandersetzung mit der Demokratie in der Corona-Krise erneuter Anlass sein muss, um über einen demokratischen Aufbruch nach der Krise zu reden. Unsere Antwort auf die Unzufriedenheit in Teilen der Bevölkerung ist ein gesellschaftlicher Aufbruch! Wir wollen mehr Macht von oben nach unten teilen. Wir wollen den Menschen vor Ort mehr Verantwortung und Möglichkeiten zum Handeln geben. Und wir möchten das gemeinsame Verantwortungsgefühl zur Weiterentwicklung Sachsens stärken. Jeder und jede kann und soll etwas beitragen. Daraus erwächst aber auch die Verantwortung, gemeinsam für das Gelingen einzustehen.

Gerade jetzt müssen wir die Demokratie gegen die extreme Rechte stärken. Es wäre fatal, bei den zivilgesellschaftlichen Strukturen zu kürzen. Wir brauchen ein Demokratiefördergesetz im Bund und im Land.

Wir wollen Bürgerbudgets einführen, die eine Pauschalzahlung an jede Kommune mit mehr als 1.000 Einwohnern bedeutet, über die Bürgerinnen und Bürger mit ihren eigenen Ideen bestimmen können. Einfach und basisdemokratisch.

Wir wollen selbstständig arbeitende Förderregionen einführen, die sich an dem EU-Projekt „Leader“ orientieren: Dort beraten regionale Vertreterinnen und Vertreter der Politik, der Wirtschaft und der Zivilgesellschaft, wie sie für ihre Region – mit ihren Eigenheiten und Kultur, mit ihren Stärken und Schwächen – gemeinsame Strategien entwickeln und Chancen nutzen.

Wir wollen die Reform der direkten Demokratie vorantreiben und die Quoren der Abstimmungen in Sachsen senken: Dies wollen wir allerdings tun, ohne das Parlament zu schwächen. Einen Volkseinwand sehen wir daher weiterhin äußerst kritisch.

Wir wollen das Staatsziel Demokratieförderung mit in die Verfassung aufnehmen.

Es besteht die Gefahr, dass in Folge der Corona-Krise Orte zum Zusammenkommen und Beisammensein verschwinden. Dies ist aber fatal für den Zusammenhalt. Wir ermöglichen mit unserem Programm “Soziale Orte” die Entstehung von Orten der Begegnung, der Kommunikation und sozialer Dienstleistungen, um gesellschaftlichen Zusammenhalt zu fördern. Das soll vor allem dort passieren, wo in der Vergangenheit solche Orte weggefallen sind oder wo sie nie existierten. Damit unterstützen wir ausdrücklich bürgerschaftliches Engagement.

Kinder haben in der Corona-Krise teilweise besonders gelitten, auch weil deren Interessen oft unter den Tisch fielen. Um das zu verhindern, müssen Kinder als eigenständige Persönlichkeiten gestärkt und an gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen beteiligt werden. Wir wollen daher Kinderrechte in der Sächsischen Verfassung verankern.

9. GESUNDHEITSSYSTEM STÄRKEN

Die Corona-Krise hat gezeigt, wie handlungsfähig Staat und Gesellschaft sein können. Sie hat aber auch gezeigt, wo der Staat an seine Grenzen kommt: Die Kürzung staatlicher Stellen in der Vergangenheit hat Lücken geschlagen. Die COVID-19-Pandemie ist eine fundamentale Herausforderung für unser Gesundheitssystem. Seine Stärken und Schwächen zeigen sich auch in Sachsen deutlich.

Krankenhäuser, insbesondere die Intensivmedizin, sind für die Gesundheitsversorgung in der Pandemie existenziell. Und auch die sächsische Universitätsmedizin spielt nicht nur bei der Koordination, sondern auch bei der Forschung zur Behandlung und Diagnostik von Covid19 eine besondere Rolle.

Trotz Hilfen des Bundes stellt die Pandemie für viele Krankenhäuser jedoch eine finanzielle Belastung dar und offenbart bekannte Probleme der Krankenhausfinanzierung. Die ist hauptsächlich auf Behandlungsfälle ausgerichtet – unabhängig davon, wieviel Zeit oder Personal im Einzelfall tatsächlich benötigt wird. In Kernbereichen der Daseinsvorsorge sollten daher Strukturen wie etwa Personal finanziert werden, nicht Leistungen . So „rechnen“ sich beispielsweise Kinderkliniken zum Teil nicht und sind damit bedroht. Wir

unterstützen die Forderung, die Kinder- und Jugendmedizin außerhalb des pauschalierten Abrechnungssystem zu finanzieren. Wie im Koalitionsvertrag vereinbart wollen wir die Investitionen in die sächsischen Krankenhäuser weiter erhöhen.

Der Großteil der Patientinnen und Patienten wird auch in der Pandemie in den Arztpraxen behandelt. Doch vor allem ländliche Regionen sind schon heute in einigen Bereichen unterversorgt, da Ärztinnen und Ärzte fehlen. Wir brauchen neben den bestehenden daher weitere Maßnahmen zur Fachkräftesicherung in Sachsen, um ärztliches und pflegerisches Personal gut einzusetzen und die Versorgung der Menschen zu verbessern. Wir fördern den Aufbau innovativer Anlaufstellen wie die Poliklinik Plus und Gesundheitszentren, die ambulante und stationäre Angebote unter einem Dach vereinen und die Versorgung sichern. Auch digitale Vernetzungsmöglichkeiten und Gesundheitsangebote müssen weiter gefördert und etabliert werden.

Klar ist für uns auch: Die gute Zusammenarbeit endet nicht an der Grenze Sachsens oder Deutschlands. Es ist für uns selbstverständlich europäisch zu denken und zu helfen, wo es möglich ist – sei es bei der Behandlung von Patientinnen und Patienten oder mit Material.

Der Öffentliche Gesundheitsdienst steht in der Pandemie besonders im Fokus. Doch die engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter kommen mangels Personal und digitaler Infrastruktur häufig nicht mit der Arbeit hinterher. Neben der personellen und digitalen Stärkung brauchen wir bundeseinheitliche Melde- und Informationssysteme. In Sachsen wollen wir ein Landesgesundheitsamt als fachliche Leitstelle schaffen. Kompetenzen sollten entsprechend angepasst und erweitert werden, beispielsweise im Bereich Prävention oder bei Koordinationsaufgaben.

Covid19 ist für Pflegebedürftige besonders gefährlich. Auch pflegende Angehörige und Pflegekräfte stehen unter großem Druck. Zur bisher geleisteten Arbeit kommen Hygienemaßnahmen und ein größerer Betreuungsbedarf. Kontaktbeschränkungen und Angst vor Infektionen sind auch eine psychische Belastung. Schutzausrüstung und Tests sind in Pflegeeinrichtungen essenziell. Die Einrichtung eines zentralen Reservelagers für Schutzausrüstung sowie erweiterte Testmöglichkeiten für das Pflegepersonal in Sachsen waren ein wichtiger Schritt. Ebenso sollten Rahmenvorgaben für Kontaktmöglichkeiten verbindlich gemacht werden, um Pflegeeinrichtungen bei ihrer verantwortungsvollen Aufgabe zu unterstützen und gleichzeitig Bewohnerinnen, Bewohner und Angehörige bestmöglich entgegen zu kommen und ihre Rechte zu sichern. Klar ist auch: Pflegekräfte verdienen nach wie vor zu wenig und arbeiten unter schwierigen Bedingungen. Die sächsische Corona-Pflegeprämie ist ein wichtiges Zeichen der Wertschätzung. Doch unser Ziel

bleibt ein flächendeckender Tarifvertrag Pflege. Um die steigenden Eigenanteile in der Pflege zu begrenzen, setzen wir uns für eine Pflegevollversicherung ein. Wir wollen mit einem Förderprogramm neue Pflegeplätze schaffen und Pflegebedürftige entlasten.

Steigende Kosten im Gesundheitsbereich sollten solidarisch von allen getragen werden und Leistungen allen gleichermaßen zur Verfügung stehen. Das stärkt den Zusammenhalt und entlastet die Beitragszahlenden insgesamt. Unser Ziel bleibt daher eine Bürgerversicherung, die alle einbezieht. Die Einführung der pauschalen Beihilfe in Sachsen ist ein wichtiger Schritt. Sächsische Beamtinnen und Beamte können sich dann erstmals zu fairen Bedingungen ohne Nachteile gesetzlich versichern und bleiben so der Solidargemeinschaft erhalten.

Eine weitere Erkenntnis ist, dass die kritische Infrastruktur zum Teil zu abhängig ist von einzelnen Lieferketten. So hat es mit dem Ausfall von Lieferungen zum Beispiel aus China Engpässe in der Versorgung mit Schutzkleidung, Masken und Medikamenten gegeben. Auch in der Industrie hat sich gezeigt, dass die Abhängigkeit von nur einem Lieferanten von Vorprodukten die gesamte Produktion empfindlich einschränken kann. Deshalb muss die kritische Infrastruktur staatlich gesichert werden und darf nicht der Willkür des Marktes überlassen werden. Es müssen Produktionskapazitäten aufgebaut werden, die eine Mindestversorgung aufrechterhalten, auch wenn Lieferketten unterbrochen werden. Diese Sicherung der kritischen Infrastruktur muss auf europäischer Ebene organisiert werden. Die Unternehmen in Sachsen müssen ihre Lieferketten kritisch überprüfen und gegebenenfalls diversifizieren.